

**Autor: Michael Houben
Kamera: Frank Dunki
Schnitt: Christian Kamschroer**

Länge: 6:26 Letzte Worte: Wahlprogramme gelesen

Noch knapp 7 Wochen bis zur Wahl - noch merkt man es kaum, der Wahlkampf liegt noch im Tiefschlaf! Dabei gibt es ja doch spannende Themen, bei denen die Parteien sehr unterschiedliche Pläne haben. Zum Beispiel, wenn es um Arbeit und Löhne geht. Brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn ? Wie hoch sollte der sein ? Welchen Sinn macht Leiharbeit? soll sie weiter ausgebaut werden ? Oder schafft die Flexibilisierung der Arbeitswelt auf Dauer vor allem neue Armut ? Was die Parteien zu diesen Themen sagen/fordern/planen, heute in unserer Serie:

- 0.09 Die Parteien
Und mein Geld !
- 0.15 Welche Partei will wohl Minijobs komplett anschaffen -
- 0.19 Welche plant was ?
Wer will die Lohngrenze von Minijobs über 450 Euro anheben?
Und wer per Gesetz schriftliche Verträge für Minijobs vorschreiben ?
- 0.31 Wir fragen Passanten – sofort gibt es eine intensive Diskussion - vor allem um die Leiharbeit.
- VoxPop** 0.38 "Ich kenn jemand, der war bei der Post, wurde entlassen, vier Wochen später wieder eingestellt, über ne Leiharbeitsfirma"
"Fürchterlich, hab ich ja gemacht, ist ja Horror (Wieso?) Sie werden ja behandelt, die Arbeiter, wie Sklaven, das ist wie Prostitution, nur schlechter bezahlt." "Die schreien alle, die Deutschen sollen Kinder, Kinder, Kinder, wenn jemand Angst haben" muss, ich hab nur

ein Arbeitsvertrag für ein Jahr, von Jahr zu Jahr - wie will der denn planen?.

- 1.08 Die Zahl der Leiharbeiter ist rasant gestiegen - auf inzwischen rund eine Million.
- 1:15 Die FDP findet das gut, will Leiharbeit „erhalten und ... weiter entwickeln.“
- 1.20 Die Union will, dass die Verantwortung zur Regulierung „bei den Tarifpartnern und in den Betrieben liegt“ Beide sehen also keinen Handlungsbedarf
- 1.29 Die SPD will dagegen „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ gesetzlich festschreiben.
- 1.36 Die Grünen fordern „gleichen Lohn plus Flexibilitätsbonus“.
Die Linke will das selbe, aber langfristig sogar ein “Verbot der Leiharbeit“
- 1.48 Zwei Experten bewerten die Pläne:
Als erstes ein Verteidiger der Leiharbeit.
- O-Ton** 1.53 **Prof. Dr. Michael Hüther,**
Institut der deutschen Wirtschaft
(arbeitgebernah)
Beschäftigungsaufbau und vor allem Chancen für Beschäftigte, die vorher außerhalb des Arbeitsmarktes standen. die durch lange Arbeitslosigkeit keine Chance hatten, haben damit zu tun.
- 2.06 Und als Gegenpol eine eher arbeitnehmernahe Stimme.
- O-Ton** 2.11 **Prof Rudolf Hickel,**
Institut für Arbeit und Wirtschaft.
(arbeitnehmernah)
Wer in der Leiharbeit, in der Zeitarbeit drin ist, kommt praktisch nicht mehr raus, bis auf wenige Fälle. Und wer in anderen prekären Arbeitsverhältnissen ist, dem öffnet sich nicht

der Weg in den normalen Arbeitsmarkt. Das ist ja genau das Problem, und deshalb ist diese Behauptung schlichtweg falsch.

2.26 Aber:

O-Ton 2.27 **Prof. Michael Hüther,
Institut der deutschen Wirtschaft
(arbeitgebernah)**

Da ist in den letzten Jahren ja schon viel neu geregelt worden im Sinne der öffentlichen Debatte. Und es gibt darüber hinaus aus meiner Sicht keinen weiteren Regulierungsbedarf.

2.38 Tatsächlich haben die Tarifparteien in einigen Branchen ausgehandelt, dass es gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben soll - und nach gewisser Zeit eine Festanstellung.

2.48 Aber nun wächst die Zahl der so genannten "Werkverträge", bei denen Arbeiter als Subunternehmer zum Festpreis arbeiten müssen. Besonders in Schlachthöfen - aber auch im Einzelhandel oder Lagern, wo nach Zahl der aufgefüllten Regale bezahlt wird.

3.01 Und was wollen die Parteien in Sachen Werkverträge?

3.04 Die FDP schreibt dazu:

3.07 nichts.

3.08 Die UNION will, dass sich auch darum allein die Tarifparteien kümmern.

3.15 Die Opposition fordert weitgehend übereinstimmend ein gesetzliches Mitspracherecht der Betriebsräte.

3.23 Absolute Einigkeit herrscht an unserem Stand beim Thema Löhne!

Vox Pop 3.27 **"Ne Friseurin, die 5 Euro 80 verdient find**

ich ist nicht menschlich." "Das sind eines Tages diejenigen, die zum Sozialamt gehen müssen, wenn Sie Rentner sind." "Das sind die Sozialhilfeempfänger der Zukunft, die werden heute produziert." "Es kann nicht sein, das Leute, die arbeiten gehen am Ende Hartz 4 bekommen oder ähnliches."

Weil hier die Grafik mit Headline **Mindestlohn** erscheint wollte ich das Wort im Text haben,

3.47 Der Durchschnittslohn liegt in Deutschland knapp unter 20 Euro pro Stunde. Aber 8 Millionen Menschen erhält weniger als 7 Euro. Das ist jeder vierte!

Trotzdem sind sich Union und FDP (**beim Mindestlohn**) einig: „Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab“

4.00 SPD und Grüne sind sich ebenfalls einig, fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro 50.

4.10 Die Linke will langfristig sogar 12.- Euro pro Stunde, also rund 2000,- Euro im Monat - brutto.

4.25 **Prof. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft (arbeitgebner)**

Acht Euro fünfzig liegen bei 53 Prozent des Durchschnittslohns, in Großbritannien, das immer als Vorbild genommen wird, lag der Mindestlohn bei Einführung bei 38 Prozent des Durchschnittslohns. Insofern: Wir müssten bei Einführung der 8 Euro fünfzig schon mit erheblichen Beschäftigungswirkungen rechnen.

4.41 Mehr Arbeitslose durch Mindestlohn?

4.43 **Prof Rudolf Hickel, Institut für Arbeit und Wirtschaft (arbeitnehmernah)**

Es gibt Studien zu den 13 Bereichen, in denen wir jetzt auch Mindestlöhne haben, da kann man zeigen dass die Mindestlöhne nicht zu

einem Zusammenbruch und einem Abbau der Arbeitsplätze geführt haben.

- 4.57 Und was ist jetzt mit Minijobs?
Wer will die 450 Euro-Jobs tatsächlich abschaffen?

Die meisten unserer Passanten glauben: Das will DIE LINKE .

- 5.06 Rund 42 Millionen Menschen sind in Deutschland berufstätig, Mehr als 4,8 Millionen haben nur einen Minijob.

- 5.14 Das ist mehr als jeder zehnte Arbeitsplatz in Deutschland, quer durch alle Branchen.

Das Haupt-Problem: Wer dauerhaft in Mini-Jobs arbeitet, hat später auch nur Mini-Renten.

- 5.28 Die FDP will die Lohngrenze anheben, also auch höhere Löhne ohne Sozialversicherung!

- 5.32 Die Union schreibt zu Minijobs

- 5.36 nichts.

- 5.38 Die SPD will einen schriftlichen Arbeitsvertrag gesetzlich vorschreiben.
Die Grünen wollen, dass alle Minijobber in die Rentenkasse einzahlen und volle Rentenansprüche erwerben.

- 5.42 Und die LINKE will Minijobs ganz abschaffen und in normale Arbeitsplätze umwandeln. Richtig so – sagt einer unserer Experten.

- 5.57 **Prof Rudolf Hickel,
Institut für Arbeit und Wirtschaft
(arbeitnehmernah)**

Wir sehen das Problem, dass eine Riesenmenge von Minijobbern, die wachsen später in die Rente, schaffen also später Altersarmut, also haben später auch noch das

Problem, deshalb ist es mutig und richtig zu sagen: lasst uns Minijobs ersetzen durch sozialversicherungspflichtige Jobs

6.20 Übrigens: kein einziger von uns befragter Passant hat bis jetzt auch nur ein Wahlprogramm gelesen.